SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Rußlands neue 'Konzeption der nationalen Sicherheit'

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Knabe, B. (2000). *Rußlands neue 'Konzeption der nationalen Sicherheit'.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 11/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44958

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Bundesinstitut
für ostwissenschaftliche
und internationale Studien

Lindenbornstraße 22, D-50823 Köln

Aktuelle Analysen

Nr. 11/2000 31. Januar 2000

Rußlands neue "Konzeption der nationalen Sicherheit"

Zusammenfassung
Gegenüber der im Dezember 1997 von Jelzin sanktionierten "Konzeption" wird jetzt der Bedrohungsgrad auf innen- und besonders wirtschaftspolitischen Gebieten stärker hervorgehoben. Für diese Fehlentwicklungen wird in erster Linie die Reformpolitik der ersten Jahre nach 1991 verantwortlich gemacht. Massive Interventionen des Staates in diesen kritischen Bereichen werden als unbedingt erforderlich betrachtet, wobei dem konsequenten Kampf gegen das organisierte Verbrechen und die Korruption sogar "politischer Charakter" attestiert wird. Als Gesamtstrategie wird der tendenziell rechtsstaatliche, notfalls vom Militär zu sichernde starke Staat favorisiert, dem sich individuelle Rechte und Freiheiten unterzuordnen haben. Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik lassen sich einige Unterschiede gegenüber 1997 feststellen, die vornehmlich eine Reaktion auf die seit Herbst 1998 gespanntere Beziehungen zum Westen sein dürften. Zwar waren bereits in der Erstfassung zunehmende Probleme mit den nach 1992 gewonnenen neuen Partnern im Westen konstatiert und bei – inneren und äußeren – Gefahren für die Sicherheit und Integrität des Landes effiziente militärische Reaktionen (auch Nuklearschläge) angekündigt worden. Nunmehr impliziert die postulierte "unbedingte Sicherheit", die – wie bereits 1997 – auch verbündete Staaten einschließt, offenbar eine niedrigere Barriere für den Einsatz von Nuklearwaffen, was mit Defiziten bei den konventionellen Streitkräften begründet wird. Ein Monitoring der in der Analyse herausgearbeiteten Felder mit besonders großem Handlungsbedarf dürfte in Zukunft Rückschlüsse auf die Ernsthaftigkeit und Durchsetzungsfähigkeit des amtierenden Präsidenten erlauben.

Vorgeschichte und Funktion der Neufassung der "Konzeption"

Die von Präsident Jelzin am Silvestertag 1999 medienwirksam vollzogene Übergabe der präsidialen Befugnisse an Ministerpräsident Putin stellte die politischen Beobachter im Ausland vor die Frage, ob dieser Machtwechsel auch von prinzipiellen Veränderungen der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik Rußlands begleitet sein würde. Zwei Tage zuvor war auf der Internet-Site der russischen Regierung eine "Millenniumsbotschaft" Putins erschienen, die erste Konturen der zu erwartenden politischen Linie zu enthalten schien.[1] Festgestellt wurde in dieser "Botschaft", daß Rußland erst nach dem Finanzde-

[1] Text der Botschaft auch in: Nezavisimaja gazeta, 30.12.1999, S. 4 (vgl. R. Götz, Die wirtschaftliche Programmatik in Putins Millenniumsbotschaft, Aktuelle Analyse des BIOst, Nr. 3, 2000).

saster und Regierungswechsel vom August 1998 seinen "eigenen Weg" der Transformation betreten habe und daß nunmehr eine "Strategie für die Entwicklung in den nächsten 10 bis 15 Jahren" gesucht werde. Um sich seinen Landsleuten – und potentiellen Wählern bei den Präsidentschaftswahlen im März 2000 – als "Macher" zu präsentieren, wies er darauf hin, daß ein von ihm initiiertes "Zentrum für strategische Ausarbeitungen" bereits mit entsprechenden Arbeiten begonnen habe. In einem Ende November geführten Interview hatte sich Putin ausführlich zu den wesentlichen Elementen einer von ihm für erforderlich gehaltenen "neuen Politik", insbesondere einer qualitativ deutlich stärkeren Rolle des Staates in allen Politikbereichen, geäußert. Obwohl er am Schluß des Interviews seine Eignung für die Präsidentschaft damit begründete, Antworten auf alle Schlüsselfragen zu wissen, forderte er die Vorsitzenden von Parteien und sonstigen Organisationen auf, der Regierung konstruktive Vorschläge zur Ausarbeitung einer neuen Politikplanung zu unterbreiten.[2]

Zu diesem Zeitpunkt lagen bereits die Entwürfe einer neuen Militärdoktrin und einer neuen "Konzeption" vor. Da Putin zumindest an der Überarbeitung der "Konzeption" aktiv beteiligt war, ist es erstaunlich, daß er weder in dem genannten Interview noch in der "Botschaft" auf sie eingegangen ist. Fragen der nationalen Sicherheit, der Streitkräfte und der künftigen Rolle des Militärisch-industriellen Komplexes werden dort nahezu vollständig ausgeblendet. Lediglich am Schluß der Botschaft wird hervorgehoben, daß für Rußland erstmalig seit dem 18. Jahrhundert die Gefahr bestehe, zu einem Staat zweiter oder gar dritter Ordnung zu werden – dem könne aber durch die "koordinierte schöpferische Arbeit ... aller intellektuellen, physischen und moralischen Kräfte" begegnet werden.

Unmittelbar nach Beendigung des ersten Tschetschenienkrieges und im Kontext der als feindselig empfundenen NATO-Osterweiterung hatte der Verteidigungsrat Rußlands im Herbst 1996 die Forderung nach Ausarbeitung einer neuen Militärdoktrin erhoben. Diese Arbeiten wurden in den folgenden zwei Jahren zügig vorangebracht; im Dezember 1998 diskutierten dann sogar einige russische Experten über Kernthesen des Entwurfs mit ihren Kollegen in den USA, später dann auch in Brüssel. Ebenfalls im Dezember 1998 legte der Generalstab des Verteidigungsministeriums einen Gesetzentwurf "Über die Streitkräfte" vor, der insbesondere die Unterstellung aller militärischen bzw. militarisierten Formationen unter den Generalstab vorsieht. Das Verteidigungsministerium verabschiedete schließlich am 29. September 1999 den vorliegenden Entwurf der Militärdoktrin. Er wurde am 9. Oktober veröffentlicht[3] – ungeachtet der Tatsache, daß der Sicherheitsrat Rußlands vier Tage zuvor den Entwurf der neuen "Konzeption" angenommen hatte. Der erste stellvertretende Chef des Generalstabs, W. Manilow, ermunterte zwei Wochen später die interessierte Öffentlichkeit, Kommentare zum Entwurf der Militärdoktrin dem Generalstab zuzuleiten. Gleichzeitig stellte er, wohl zur Beruhigung der Lage, klar, daß erst die "Konzeption" und danach die Militärdoktrin offiziell in Kraft gesetzt werden sollten.[4]

Die im Dezember 1997 von Präsident Jelzin sanktionierte "Konzeption"[5] war in der Folgezeit von verschiedenen politischen Kräften, sowohl kommunistischer als auch nationalistischer Richtung, als zu unbestimmt und – angesichts der Bedrohungen des Landes – nicht ausreichend adäquat kritisiert worden. Auch Experten des Gorbatschow-Fonds erarbeiteten im ersten Halbjahr 1998 einen Bericht "Die nationalen Interessen und Probleme der Sicherheit Rußlands".[6] Eine qualitative Änderung im strategischen Denken russischer Politiker brachte dann der Finanzkollaps vom 17. August 1998, der eine Umorientierung auf vielen Politikgebieten zur Folge hatte. Auf den traditionellen "Weihnachtslesungen", die gemeinsam vom Innenministerium und dem Moskauer Patriarchat veranstaltet werden, konnte der stellvertretende Innenminister W. Fjodorow mit Befriedigung feststellen: "Die Regierung hat

---

2 Text des Interviews mit V. Putin in: Vek, Nr. 46, 1999, S. 1, 3.
3 Krasnaja zvezda, 9.10.1999 (elektronische Version).
4 Nezavisimaja gazeta, 23.10.1999 (elektr. Version).
5 Ausführliche Kommentierung in: B. Knabe, Die "Konzeption der nationalen Sicherheit Rußlands", Aktuelle Analyse des BIOst, Nr. 5, 1998.
6 Interview mit G. Šachnazarov, in dem er eine "ernsthafte Korrektur des politischen Kurses" verlangte, in: Nezavisimoe voennoe obozrenie, Nr. 33, 1998.

eine Hinwendung zu den Realitäten der aktuellen Lebenslage und den traditionellen Werten vollzogen und damit auf eine ideologisierte Politik verzichtet, die in den letzten zehn Jahren verfolgt worden ist."[7] Für die Notwendigkeit einer Revision sicherheitspolitischer Überlegungen sorgten dann aus russischer Sicht die Entwicklungen im Kosovo, Clintons Erklärung von der Notwendigkeit eines Raketenabwehrschirmes (23.7.1999) und westliche Reaktionen auf das Vorgehen Rußlands in Tschetschenien.

Die am 5. Oktober 1999 verlautbarte Ankündigung, der Entwurf der "Konzeption" werde Duma und Föderationsrat zugeleitet, die dann innerhalb von zwei Wochen Stellungnahmen zum vorliegenden Text abgeben sollten, wurde offenbar nicht umgesetzt. Der überarbeitete Text wurde am 26. November veröffentlicht.[8] Der Chef des Verwaltungsapparats des Sicherheitsrates, N. Uspenskij, wies zur Begründung dieser Verzögerung darauf hin, daß einige auf der fraglichen Sitzung des Sicherheitsrats eingebrachten Papiere und Diskussionsbeiträge Überarbeitungen erforderlich gemacht hätten; warum sich das Parlament praktisch nicht mehr daran beteiligen konnte, wurde offiziell nicht kommentiert. Da Jelzin an der Sitzung vom 5. Oktober nicht teilgenommen hatte, leitete Putin die Diskussion, an der außerdem der Speaker des Föderationsrats, Je. Strojew, und die Minister I. Sergejew (Verteidigung), W. Ruschajlo (Inneres), I. Iwanow (Äußeres) und M. Kasjanow (Finanzen) beteiligt gewesen sind. Ein Vierteljahr später wurde dann die vermutlich weiter überarbeitete "Konzeption" durch einen Ukas des amtierenden Präsidenten Putin in Kraft gesetzt und einige Tage später veröffentlicht.[9] War im Oktoberentwurf der Umfang um mehr als die Hälfte (von 38 auf 18 Seiten) zurückgegangen, so waren nun wieder drei Seiten hinzugekommen.

Modifizierte Lageanalyse – neue Politik?

Überaus kritisch wird in der "Konzeption" die innere Lage Rußlands eingeschätzt, insbesondere auch die Kriminalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. War letztere Tendenz 1997 allgemein auf Fehler der 1992 begonnenen Reformpolitik zurückgeführt worden, so geht es nunmehr vor allem um die Anfangsphase der Reform, als nämlich Instrumente der "staatlichen Regulierung und Kontrolle" nicht ausreichend angewendet worden seien. Die Dimension des bereits 1997 postulierten Kampfs gegen das organisierte Verbrechen und die Korruption wird in der Neufassung erweitert – nunmehr hat sie "nicht nur rechtlichen, sondern auch politischen Charakter". Werde diese Linie nicht konsequent durchgehalten und zum Erfolg geführt, so drohe sogar der "Verlust der demokratischen Errungenschaften". Diese Gefahr war zwar auch bereits 1997 erwähnt, damals aber als mögliche Folge der katastrophalen sozialen Lage bezeichnet worden. Um dieser Herausforderung begegnen zu können, werden Maßnahmen zur Durchsetzung der Verfassungsprinzipien "einheitlicher Rechtsraum" und "einheitliches Gerichtswesen" für erforderlich gehalten. Diesen Vorhaben war früher, auch im Oktoberentwurf, noch keine zentrale Bedeutung beigemessen worden – jetzt beginnt das Kapitel "Gewährleistung der nationalen Sicherheit" mit der Forderung, alle Bürger, Beamte und staatlichen Organe müßten die Gesetze einhalten; im Wirtschaftsteil folgt dann die Ergänzung, daß die einschlägige Gesetzgebung deutlich gestrafft werden müsse und ihre "strenge Einhaltung durch alle Wirtschaftssubjekte" unabdingbar sei. Auf der Tagesordnung sollen die Erziehung "gesetzestreuer Bürger" und der Bevölkerung allgemein stehen, um so eine "geistige Erneuerung" zu ermöglichen. Eine entsprechend ausgerichtete Medienkontrolle, aber auch ein rigoroseres Vorgehen gegen "ausländische Sekten und Missionare" sollen der Erreichung dieser Ziele dienen. Eine ebenfalls an sowjetische Zeiten erinnernde Formulierung sieht vor, die Voraussetzungen für das Verbrechen und die Korruption "auszurotten".

Die Ausführungen zur wirtschaftlichen Lage des Landes und zu den Plänen einer radikalen Verbesserung nehmen einen großen Umfang in der "Konzeption" ein (allein hinsichtlich der Binnenwirtschaft etwa ein Zehntel des Dokuments). Es entsteht der Eindruck, als sollten nun staatliche Interventionen

---

7 Äußerung von V. Fedorov nach: Obozrevatel', Nr. 11, 1999, S. 80.
8 Text des Entwurfs der neuen "Konzeption" in: Nezavisimoe voennoe obozrenie, Nr. 46, 1999 (elektr. Version).
9 Text der neuen "Konzeption" in: Nezavisimoe voennoe obozrenie, Nr. 1, 2000 (elektr. Version).

auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens für eine "Ordnung" der Verhältnisse und für die Schaffung von Voraussetzungen für ein reales Wirtschaftswachstum sorgen. Zwar werden allen Sektoren der Wirtschaft "gleiche Chancen" versprochen, doch ergeben sich aus dem Kontext klare Bedingungen für privates Kapital und Unternehmertum. Kriterien sind demnach "die Zunahme des gesellschaftlichen Wohlstands, der Fortschritt von Wissenschaft und Bildung, die geistige und moralische Entwicklung der Gesellschaft, die Verteidigung der Rechte der Verbraucher". Ein sehr viel energischeres Vorgehen staatlicher Stellen wird auf den Gebieten Vermögens-, Ausgaben- und Devisenkontrolle für erforderlich gehalten. Um Korruption und die Legalisierung unrechtmäßig erworbenen Kapitals zu verhindern, soll durch entsprechende administrative und rechtliche Maßnahmen eine effiziente Finanzkontrolle durchgesetzt werden, die insbesondere auch die "Überprüfung des Vermögens und der Einkünfte von Beamten und Angestellten aller Organisationen, unabhängig von deren Rechtsstatus" einschließen soll. Mit der Devisenkontrolle sollen ein weiterer Rückgang der Bedeutung ausländischer Währungen auf dem Binnenmarkt erreicht und "unkontrollierter Kapitalexport" verhindert werden. In diesem Kontext ist als wahrscheinlich anzunehmen, daß die – bereits 1997 vorgesehene – "Regulierung ausländischer Banken, Versicherungen und Investitionsfonds" sowie "Beschränkungen für ausländische Firmen bei der Nutzung strategischer Bodenschätze, der Telekommunikation und der Verkehrsnetze" konsequenter umgesetzt werden.

Die Weltlage stellt sich für die Verfasser der "Konzeption" als eine Phase der "dynamischen Transformation des Systems der internationalen Beziehungen" dar, wobei "zwei sich ausschließende Haupttendenzen" und außerdem destruktive Aktivitäten einiger Staaten festgestellt werden. Bestehende Verträge müßten an die "neuen Bedingungen der internationalen Beziehungen" angepaßt werden. Die erste Tendenz, die Rußland favorisiert, würde auf eine "multipolare Welt" hinauslaufen. Die zweite Tendenz basiert auf einer von den USA geführten "Struktur unter der Dominanz entwickelter westlicher Länder", die einseitige, vornehmlich militärische Lösungen der wichtigsten Probleme der Weltpolitik anstrebt und dabei "grundlegende Normen des internationalen Rechts" nicht beachtet. Daneben wolle eine "kleine Gruppe von Staaten" mit allen Mitteln, auch durch Verfügung über Massenvernichtungswaffen, ihren Einfluß auf die Weltpolitik verstärken. Der in vielen Ländern aktive internationale Terrorismus wird – unausgesprochen – ebenfalls als ein Mittel derartiger Bestrebungen genannt. Rußland will sich, ausgehend von seinen nationalen Interessen, um gute Beziehungen zu allen Ländern bemühen, wobei neben den GUS-Staaten (so bereits 1997) auch "traditionellen Partnern" besondere Bedeutung zukommen soll. Damit sind offenbar Staaten gemeint, zu denen auch bereits in sowjetischer Zeit gute Beziehungen bestanden hatten.

Wie bereits 1997 werden die in einigen Ländern vorhandenen oder entstehenden "Potentiale neuester Waffen", damit zusammenhängende Versuche "gewaltsamen Konkurrierens" sowie die (vorübergehende) Stationierung militärischer Kontingente oder Aktivitäten krimineller und terroristischer Organisationen in Grenznähe Rußlands als Bedrohungsfaktoren bezeichnet. Bestrebungen, die auf eine reduzierte Rolle bestehender internationaler Mechanismen zur Friedenssicherung oder Konfliktlösung bei gleichzeitiger Aufwertung militärpolitischer Blöcke abzielen (so die Umschreibung der "neuen NATO-Strategie") soll entgegengewirkt werden, wobei Ursachen, Schadensbilanz und mögliche Konsequenzen eines konkreten Konfliktfalls in den Hintergrund treten.

In den Bereichen Militär und Rüstung sind einige Aussagen und Absichtserklärungen konkretisiert worden, wobei es nur sehr wenige prinzipiell neue Bewertungen gibt. Einerseits wird expressis verbis vom Grundsatz "rationale Ausgaben" für eine unbedingte Gewährleistung der nationalen Sicherheit ausgegangen, der insbesondere zur Begründung der Funktionserweiterung für das nukleare Abschreckungspotential des Landes benutzt wird. Andererseits weisen Passagen auf eine Verbindung zwischen militärischen Zielen und nationalen Interessen hin, die eine andere Interpretation "rationaler Ausgaben" nahelegen. Als ein weiterer Grund für eine Militärpräsenz "in strategisch wichtigen Weltregionen", die auch das Agieren der Kriegsflotte bedeuten kann, wird neben der dadurch möglichen Reaktionsmöglichkeit im Anfangsstadium einer Krise auch ein Beitrag zur "Realisierung der außenpoliti-

schen Ziele des Staates" genannt. Der Militärisch-industrielle Komplex Rußlands muß in die Lage versetzt werden, alle Streitkräfte mit effektiven Waffensystemen zu versorgen, zur Steigerung der Waffenexporte beizutragen und insbesondere alle erforderlichen wissenschaftlichen, technologischen Arbeiten für künftige, dabei stärker als bisher auch nichtmilitärische Methoden der Kriegführung durchzuführen. Maßnahmen zur Umstrukturierung und Konversion des Rüstungskomplexes dürfen keinesfalls diese zentralen Aufgaben beeinträchtigen. Moderne Technologien sollen vor allem mit der Zielsetzung in zivile Wirtschaftsbereiche transferiert werden, die Exportchancen russischer Produzenten zu verbessern. Wie 1997 kann auch jetzt das Militär unter bestimmten Voraussetzungen zur Sicherung oder Wiederherstellung der Verfassungsordnung bzw. der territorialen Integrität des Landes herangezogen werden. Nimmt man einen neuen Passus ernst, so könnte auch an eine andere Funktion der Streitkräfte gedacht sein – nämlich die Gewährleistung von "Bedingungen für eine friedliche und demokratische Entwicklung des Staates". Da nach der Verfassung der Präsident definieren kann, was unter einer "demokratischen Entwicklung" zu verstehen ist und wann die dafür erforderlichen Bedingungen gefährdet sind, kann das Szenario einer Militärdiktatur im Grunde nicht ausgeschlossen werden. Es ist daran zu erinnern, daß die "Konzeption der nationalen Sicherheit" Sjuganows 1995 eine parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte verlangt hatte, um der Gefahr einer Militärdiktatur zu begegnen.[10]

Mögliche Auswirkungen auf verschiedene Politikbereiche

Die kurze Lebensdauer der "Konzeption" vom Dezember 1997 und die sehr begrenzten Folgen der dort postulierten Vorhaben für die konkrete Politik lassen die Realisierungschancen der modifizierten "Konzeption" an sich als eher bescheiden erscheinen. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, daß das von Putin initiierte "Zentrum für strategische Ausarbeitungen" bis spätestens September 2000 einen Entwicklungsplan für das nächste Jahrzehnt vorlegen soll.[11] Für die Sicherheits- und Militärpolitik sind von der für März 2000 angekündigten Endfassung der "Militärdoktrin" sachdienliche Hinweise zu erwarten. Sollte Putin – wider Erwarten – nicht zum Präsidenten gewählt werden, dann müßte aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer erneut überarbeiteten "Konzeption" und anderen Strategiepapieren gerechnet werden. Hinsichtlich der Realisierungschancen einzelner Vorhaben der "Konzeption" unter einem Präsidenten Putin sind sein persönliches Credo und seine Durchsetzungsfähigkeit von entscheidender Bedeutung. Aus seiner Biographie und seinem beruflichen Werdegang läßt sich entnehmen, daß er sehr anpassungsfähig und vielseitig verwendbar ist und ab 1996 Jelzins Politik in zentralen Bereichen mitgetragen bzw. abgesichert hat. Es darf nicht vergessen werden, daß die im Sommer 1999 unter dem Protektorat von Jelzin und Putin gestartete Kampagne zur Popularisierung der neuen "Partei der Macht" ("Einheit") die Zielsetzung hatte, das Jelzin-Regime zu stabilisieren. Putin ist insofern kein "neuer Politiker", dem man eine prinzipielle Erneuerung des politischen und wirtschaftlichen Systems Rußlands in Richtung "Demokratie und Marktwirtschaft" zutrauen würde. Ob er ein Mann der Tat, ein Stratege vom Typ eines Kutusow ist, wie gelegentlich vermutet oder erhofft wird, kann bisher nicht eingeschätzt werden – das weitgehend unter seiner Regie praktizierte Vorgehen gegen "internationale Terroristen" in Rußland allgemein und im Nordkaukasus im besonderen sollte dafür nicht als Beleg angeführt werden, zumal die Hintergründe dieser Entwicklungen noch nicht ausreichend aufgeklärt sind. Verschiedene Politikbereiche, in denen mögliche Veränderungen als Lackmustest für die Ernsthaftigkeit und die Erfolgsaussichten der Vorhaben Putins gewertet werden könnten, dürften von der innenpolitischen Opposition, vom Ausland und von internationalen Organisationen aufmerksam beobachtet werden.

Im Bereich der Innenpolitik ist darauf zu achten, ob und mit welchen Mitteln eine "starke Vertikale" der Exekutive, ein "einheitlicher Rechtsraum" und ein landesweites, effizientes Gerichtssystem ge-

---

10 B. Knabe, Sjuganows "Konzeption der nationalen Sicherheit", Aktuelle Analyse des BIOst, Nr. 32, 1996.

11 Diese Terminierung nach Auskunft von G. Gref, dem Vorsitzenden des Stiftungsrates des "Zentrums für strategische Ausarbeitungen", in: Obščaja gazeta, Nr. 51, 1999, S. 1, 3.

schaffen werden. Wie wird sich Putin in der bislang ungelösten Frage der Person des Generalstaatsanwalts verhalten? Wird es zu Verfahren gegen Personen kommen, die sich nach dem Ende der Sowjetunion un-

rechtmäßig – und meist unter Ausnutzung ihres politischen Amts oder ihrer Dienststellung – Eigentum und Aktienpakete verschafft haben? Eine Moskauer Tageszeitung hat am 21. Januar 2000 von einer Liste von 50 Personen berichtet, die mit Prozessen rechnen müßten.[12] Für die Einschätzung von Bemühungen um Erhöhung der inneren Sicherheit ist relevant, wie die angekündigten "Bedingungen für eine effektive Arbeit von Strukturen" geschaffen werden, die das organisierte Verbrechen und den Terrorismus bekämpfen sollen. Die bisherigen Systeme werden offenbar als nicht ausreichend eingestuft. Wird man vor allem auf "bewährte sowjetische Methoden" zurückgreifen oder, wie angekündigt, stärker internationale Erfahrungen berücksichtigen? Aufmerksam beobachtet werden muß, wie die angekündigten Maßnahmen der Vermögens- und Devisenkontrolle umgesetzt werden. Für die Wirtschaftspolitik ist darüber hinaus von erheblicher Bedeutung, ob nun endlich die Haushalts- und Finanzpolitik der "natürlichen Monopole" transparent gemacht wird. Wird es gelingen, die Tarifpolitik so umzugestalten, daß von ihr ein wesentlicher Beitrag zur Wiederherstellung eines einheitlichen Wirtschaftsraums zu erwarten ist? Obwohl ein entsprechender Passus in der "Konzeption" fehlt, dürfte von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung Rußlands sein, ob sich die seit 1997 von einigen Aktivisten betriebene strategische Allianz zwischen dem Militärisch-industriellen Komplex (einschließlich Ministerium für Atomenergie und Kosmosagentur) und dem Brennstoff- und Energiekomplex entwickeln wird. Nach Abschluß des 2. Kongresses von Vertretern dieser "Interessengemeinschaft" (November 1999 in Tomsk) erklärte der Spiritus rector dieser Initiative, S. Sulakschin, daß es bei seinen Gesprächen mit Putin "volles gegenseitiges Verständnis" gegeben habe und daß sich Putin als Präsident dieser Linie anschließen werde.[13] In diesen Kontext gehört die Frage, ob modernste Technologien aus dem Rüstungsbereich tatsächlich demnächst verstärkt zur Fertigung exportfähiger Produkte verwendet werden. Beobachtet werden muß, ob sich militärwissenschaftliche Entwicklungsinstitute stärker als bisher mit der Erarbeitung und Implementierung nichtmilitärischer Methoden der Vorbeugung und Bewältigung von Krisen- und Kriegslagen, nicht zuletzt auf dem Gebiet des Informationswesens, befassen werden.

Insgesamt ergibt sich der Eindruck, daß Rußland gegenwärtig – wieder einmal – eine äußerst schwierige Entwicklungsphase durchmacht. Die politische Führung des Landes kann sich offenbar auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung hinsichtlich autoritärer Maßnahmen der Krisenbewältigung stützen. Die zentrale Frage, ob es den Moskauer Politikern und "Strippenziehern" dabei wirklich um eine pragmatische Strategie geht und welche ideologischen Zielsetzungen damit verbunden sind, läßt sich gegenwärtig noch nicht beantworten.

Bernd Knabe

---

12 Kommersant, 21.1.2000 (elektr. Version).
13 Vek, Nr. 48, 1999, S. 7.